

XVI. Rußland.

3. Jan. Wechsel im Justizministerium.

Senator Dobrowolski wird an Stelle Rakarow's, der wegen der auf höheren Befehl erfolgten Niederschlagung des Verfahrens gegen den Erzherzog Konstantin Konstantinowitsch, den früheren Schiffsbau-Minister, zur Leitung des Justizministeriums beauftragt.

5. Jan. Konferenz des Bierverbandes in Rom. (S. S. 490.)

9. Jan. Veränderungen im Ministerium.

Am 9. wird an Stelle des Ministerpräsidenten und Verkehrsministers Trepow und des Unterrichtsministers Grafen Ignatjew, die in den Ruhestand versetzt werden, Senator und Mitglied des Reichsrates Fürst K. D. Galizin zum Ministerpräsidenten ernannt und Senator Kulitschitski mit der Führung des Unterrichtsministeriums betraut.

Trepow war am 15. Dez. 1915 an Stelle Rudkowskij zum Verkehrsminister und am 24. Nov. 1916 als Nachfolger Stürmer's zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Der Wechsel im Ministerpräsidium wird allgemein als ein weiterer Schritt nach der reaktionären Seite beurteilt. Fürst G. hat sich unter Plichte als Gouverneur von Lwow durch rücksichtslose Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung bekannt gemacht, so daß ihm von der Duma und dem Reichsrat entschiedenes Mißtrauen entgegengebracht wird.

Am 11. wird der Gehilfe im Verkehrsministerium Militär-Ingenieur Wolnowski-Krieger zum Vizepräsidenten des Verkehrsministeriums ernannt. — Am 18. wird General Bjeslajew, ehem. Gehilfe des Kriegsministers und Chef des Generalstabes, an Stelle des Generals Schumajew, der zum Reichsratsmitglied ernannt wird, zum Kriegsminister ernannt.

Auch diese Veränderungen bedeuten eine Stärkung der äußersten Rechten. Dem gleichen Zwecke dient ein kaiserl. Ukas, der den Reichsrat um 18 reaktionäre Mitglieder vermehrt, so daß die Rechte eine Mehrheit von 12 Stimmen erhält, während die Wahlen im Nov.—Dez. 1916 für die durch Wahl zu bestimmende Hälfte der Reichsratskammer eine lib. Mehrheit ergeben hatten. Zum Präsidenten des Reichsrats für 1917 wird vom Zar ein früherer Justizminister J. G. Schtscheglowitsch, ein Anhänger der äußersten Rechten, ernannt. Als eine reaktionäre Maßnahme ist ferner die von der Regierung verfügte Nichtigkeitsklärung der Moskauer Gemeindevahlen, die mit einem entschiedenen Siege der Fortschrittler und Sozialisten gelaufen haben, zu betrachten.

19. Jan. Durch kaiserl. Ukas wird die Wiedereröffnung der Duma und des Reichsrates v. 25. Jan. auf 27. Febr. verschoben.

Als Grund dieser Maßregel wird von zuständiger Seite angegeben, daß die Änderungen in der Regierung reichlichere Zeit für diese zur Verhandlung und Durchsicht der vielen von dem vorhergehenden Kabinett hinterlassenen, sofortiger Lösung bedürftigen Fragen nötig machen. Die Vertagung der Duma erregt in politischen Kreisen das größte Aufsehen.